

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Zeil, Paul K. Friedhoff, Frank Schäffler,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/3841 –

Eigenkapitalbildung fördern – Deutschlands Mittelstand fit machen

A. Problem

Verbesserung der Eigenkapitalsituation bei kleinen und mittleren Unternehmen durch Einführung einer Abgeltungssteuer von höchstens 25 Prozent, bessere Bedingungen für Beteiligungskapitalgeber und Mitarbeiterbeteiligungen, Erleichterungen für Privatkapitalgeber, Umbau von bestehenden Programmen, Weiterentwicklung der Möglichkeiten durch Mezzaninkapital, zielgerichteteres Einsetzen der Förderkredite.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3841 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Sabine Zimmermann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sabine Zimmermann

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/3841** wurde in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Mai 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Auffassung der Fraktion der FDP stellt die Kapitalknappheit von Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland eines der Haupthemmnisse für Innovationen und Expansionen dar. Außerdem hätten bereits etablierte kleine und mittelständische Betriebe im internationalen Vergleich eine zu geringe Eigenkapitalausstattung. Die Antragsteller fordern daher, um eine neue Unternehmensfinanzierungskultur und eine bessere Eigenkapitalausstattung kleinerer und mittlerer Unternehmen zu fördern, ein umfangreiches Maßnahmenbündel. Um Kapitalanlagen in Deutschland attraktiver zu gestalten, soll eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge von höchstens 25 Prozent eingeführt werden. Außerdem sollen für Beteiligungskapitalgeber und Mitarbeiterbeteiligungen, insbesondere für die Aktienoptionen, bessere Bedingungen eingeführt werden. Weiter soll es für Privatinvestoren Steuersenkungen geben, um leichter Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Ferner schlägt die Fraktion der FDP vor, die bestehenden Eigenkapitalförderprogramme umzubauen, deren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und stärker auf kleinere und mittlere Unternehmen auszurichten. Außerdem sollen die Möglichkeiten für Mezzaninkapital weiter ausgebaut und entwickelt werden. Schließlich fordern die Antragsteller, dass Förderkredite zielgerichteter eingesetzt und die Kommunikation zwischen Unternehmen und Kreditinstituten in Bezug auf das Thema Rating gestärkt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/3841 verwiesen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/3841 in seiner 40. Sitzung am 20. Juni 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass der Antrag im Dezember 2006 erstellt worden sei und man durch den Antrag die Bundesregierung nun zu weiteren Handlungen anstoßen wolle. Dabei wolle man auch auf die Feststellungen des Sachverständigenrates und die eigenen konkreten Vorschläge verweisen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** machte deutlich, dass die geringe Eigenkapitalausstattung von mittelständischen Unternehmen ein großes Problem darstelle. Dafür verantwortlich zu machen sei die restriktive Kreditvergabe durch Basel II. Dennoch könne man durch mehr Risikokapital keine bessere Förderung gewährleisten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte klar, dass durch die Einführung der Abgeltungssteuer durch die Bundesregierung eine Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapitalfinanzierungen manifestiert worden sei. Man lehne den Antrag der Fraktion der FDP dennoch ab, da dieser zu kurz greife.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** betonten, dass der Antrag durchaus positiv zu bewerten sei. Sie machten aber gleichzeitig deutlich, dass ein Großteil der dort aufgestellten Forderungen bereits umgesetzt worden sei. Bei der Abgeltungssteuer verweise man auf das Unternehmensteuereformgesetz und bei Beteiligungskapitalgebern auf das Eckpunktepapier des Bundesministeriums der Finanzen vom 9. Mai 2007. Man stimme in vielen Punkten überein, jedoch sei ein Wahlrecht zwischen einer Versteuerung bei Gewährung oder Ausübung der Aktienoptionen bei der Mitarbeiterbeteiligung sowie eine pauschal niedrigere Besteuerung von Veräußerungsgewinnen abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/3841 zu empfehlen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Sabine Zimmermann
Berichterstatlerin

